

Queere Rechte weltweit – aktuelle Entwicklungen und Handlungspunkte für den Ausschuss Menschenrechte und Humanitär Hilfe

1. Globale Tendenz: Systematische Verschlechterung der Lage von LSBTIQ*-Personen

Weltweit erleben wir eine deutliche Zunahme staatlicher und gesellschaftlicher Repressionen. Diese Entwicklung betrifft nicht nur klassische Hochrisikoländer, sondern zunehmend auch europäische Staaten.

Beispiele aus unseren letzten Briefings und Kommunikationen:

- Georgien übernimmt offen russisch-ungarische Modelle („ausländische Agenten“), begleitet von massiver staatlicher und paramilitärischer Gewalt gegen LSBTIQ*-Akteur*innen.
- Kasachstan: Antipropaganda-Gesetz in Arbeit, Verschärfung der Kontrolle über Versammlungs- und Organisationsfreiheit.
- Slowakei hat 2025 verfassungsrechtlich die Geschlechtsanerkennung abgeschafft und Familienrechte eingeschränkt.

Diese Rückschritte folgen einer erkennbaren geopolitischen Linie: Export queerfeindlicher Gesetzgebung aus Russland, zunehmend übernommen von Regierungen in der EU-Nachbarschaft.

2. Deutschland ist keine Ausnahme: Auch hier schrumpfen Räume

- Das Monitoring und somit die Fortschreibung des **LSBTI-Inklusionskonzepts** verzögert sich deutlich – damit fehlen zentrale Instrumente der Bundesregierung zur menschenrechtlichen Außenpolitik.
- Die **4. Agenda Frieden. Frauen. Sicherheit.** ist ebenfalls bereits überfällig und muss zeitnah mit Beteiligung der Zivilgesellschaft entworfen und umgesetzt werden.
- Es liegen keine Berichte zum **3. Gender Aktionsplan** des BMZ vor
- Die Bundesregierung hat ihre Rolle als Prozesspartei in **europaweiten Menschenrechtsverfahren** zuletzt weniger konsequent wahrgenommen – obwohl dies ein entscheidender Einflussfaktor bleibt.

Das globale Backsliding erfordert gerade jetzt eine aktivere parlamentarische Kontrolle.

3. Humanitäre Folgen: Besonders gefährdete Gruppen ohne Schutz

- Pakistan/Afghanistan: Die Aufnahme besonders gefährdeter LSBTIQ*-Personen aus Pakistan ist weiterhin verzögert; die Schutzlücke ist massiv.
- LSBTIQ*-Personen in humanitären Krisen (Sudan, Afghanistan/Pakistan, Ukraine) haben so gut wie keinen gesicherten Zugang zu Schutzmechanismen.
- In mehreren Regionen verhindern Gesetze oder Praxis, dass LSBTIQ*-Personen überhaupt sichere Meldestrukturen oder Gesundheitsversorgung erreichen.

Dies betrifft zentrale humanitäre Mindeststandards – und sollte parlamentarisch nachgehalten werden.

4. Konkrete Handlungspunkte für den Ausschuss

Parlamentarische Kontrolle stärken

- Nachfragen zum Fortschritt des LSBTI*-Inklusionskonzepts
- Nachfrage 4. Agenda Frieden. Frauen. Sicherheit.
- Abfrage der Gründe für Verzögerungen beim Monitoring des Inklusionskonzepts und Bericht des Gender Aktionsplans des BMZ
- Regelmäßige Thematisierung LSBTIQ*-relevanter Menschenrechtsfragen in Ausschusssitzungen

Schutz gefährdeter Gruppen einfordern

- Anfrage zur Aufnahme afghanischer LSBTIQ*-Geflüchteter in Pakistan, inkl. Zahlen, Verfahren, Hindernissen
- Einforderung queer-sensibler Standards in deutschen humanitären Programmen

Europäische Verfahren konsequent begleiten

- Fragen zur Rolle Deutschlands in laufenden EU-Vertragsverletzungsverfahren (Slowakei, Ungarn, Bulgarien)
- Abfrage, wann und in welcher Form Deutschland als Prozesspartei in europäischen Gerichtsverfahren auftritt

Zivilgesellschaft stärken

- Nachfrage, wie Deutschland zivilgesellschaftliche LSBTIQ*-Akteur*innen in Ländern mit Repression (Georgien, Bulgarien, Kasachstan) schützt
- Klärung, wie sicher deutsche Partnerorganisationen arbeiten können

6. Angebot der Hirschfeld-Eddy-Stiftung

- Laufende Lageberichte zu Backsliding
- Analyse der Risiken für Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger*innen
- Fachliche Einordnung queerfeindlicher Gesetzgebungsprozesse
- Vorbereitung konkreter parlamentarischer Fragestellungen
- Vermittlung von Kontakt zu betroffenen Aktivist*innen (sofern sicher möglich)